



Niederschrift

54. Plenarsitzung des Gemeinderates
18. September 2018, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

30.

Punkt 29 der Tagesordnung: Altenpflegefachkräfte für Karlsruhe gewinnen: Geeignete Maßnahmen sammeln, prüfen und gezielt umsetzen

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2018/0512

Beschluss:

Einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 29 und zur Behandlung auf.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Viel wird für die Versorgung unserer Seniorinnen und Senioren davon abhängen, wie sich Karlsruhe im Wettbewerb um Altenpflegeplätze positioniert. Wir GRÜNEN wollen nicht sehenden Auges einer Unterversorgung der alten Menschen entgegensehen. Die Lage ist wirklich ernst, ich war in Bayern im Urlaub, und ich kaufe immer da, wo ich so bin, die örtlichen Zeitungen, die Allgäuer Nachrichten und so weiter, da wurde regelmäßig über die Schließung von ganzen Häusern und Abteilungen berichtet, auch in Städten, nicht nur auf dem Land. Machen wir uns nichts vor, wenn wir hier zu wenig tun, zu wenig Fantasie entwickeln, dann profitieren andere Städte davon und ziehen die Pflegekräfte an sich. Scheinbar hat die Bundesregierung das Problem erkannt, aber sie unternimmt nur Tappschritte, die an der Ursache der Misere nichts ändern. Längst ist klar, dass der Glaube „die Marktwirtschaft im alten Pflegebereich wird es schon richten“ nichts mit der Realität zu tun hat. Der Staat hat es versäumt, die Pflegebedürftigen und Pflegenden zu schützen, zum Beispiel durch verbindliche und angemessene Personalbemessungsinstrumente. Der Beruf ist wegen Überbelastung und häufig zu geringer Löhne unattraktiv. Wir GRÜNE haben vor kurzem einen Antrag zur Bereitstellung von Flächen für Pflegeheime gestellt, weil wir dringend zusätzliche Pflegeheime benötigen. Nur eine Fläche allein nutzt nichts. Welcher Bauherr findet einen Träger, der das Risiko bei Fertigstellung eingeht, sechzig Pflegekräfte auf einen Schlag oder innerhalb eines gewissen absehbaren Zeitraumes

finden zu müssen, wenn nicht mal die gestanden vorhanden Heime genügend Pflegekräfte gewinnen können. Wir sind auf die Initiative von Trägern der freien Wohlfahrtspflege von privaten Betreibern unbedingt angewiesen. Aber wer kann das Risiko bei Neubau eingehen, monatelang Abteilungen leer stehen zu lassen mangels Arbeitskräften? In vielen Gesprächen, die wir mit Trägern, Leitungen und Pflegekräften führten, kristallisierte sich ein zentraler Punkt heraus, ohne bezahlbaren Wohnraum keine Gewinnung von Pflegekräften. Wir haben in unseren Antrag unter anderem den Vorschlag gemacht, das Thema Bereitstellung von Wohnraum von Pflegekräften zu prüfen. Die Antwort der Stadtverwaltung sehen wir als Fortschritt an, dass die Stadt hier aktiv wird und langfristig im Pflegebündnis mitarbeitet, unsere Vorschläge überprüft und Handlungsschritte entwickelt werden. Allerdings wollen wir nicht ein verhaltenes, sondern ein kräftiges Engagement. Es gibt immer mehr Städte, da ist dieses Thema zum Chefthema geworden, da sind wir noch weit von entfernt. Fünzigtausend Euro wurden für die Gewinnung von Fachkräften überwiegend im IT-Bereich bereitgestellt. Und wie viel Euro für die Gewinnung von Pflegekräften? Das ist so die Frage nach der Relation, da habe ich irgendwie das Gefühl und denke, dass da etwas nicht stimmt. Wir werden dran bleiben. Uns fehlen in der Antwort zeitliche Festlegungen, bis wann unsere Vorschläge überprüft werden, weil es durchaus Dinge gibt, die schnell angepackt werden könnten und müssten, das kommt noch dazu. Wir haben da schon viele konkrete Vorschläge gemacht, gesammelt aus anderen Städten. Wir werden die Entwicklung weiter intensiv begleiten.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Das Problem der Pflegekräfte ist wirklich ernst, Frau Anlauf hat es deutlich geschildert. Nicht nur in Altenpflegeheimen werden zum Teil Stationen geschlossen, auch habe ich gestern bei einer Fortbildung erfahren, dass es fast kaum noch ein Krankenhaus gibt, wo keine Intensivbetten aufgrund von Pflegepersonalmangel geschlossen sind. Das sind alarmierende Zahlen, sowohl im Altenpflegebereich als auch im Krankenhausbereich der Pflege. Es werden viele Infrastrukturen gemacht, es wird versucht, neue Häuser zu bauen, um die Pflege den demografischen Entwicklungen anzupassen, aber es nutzt uns alles nichts, wir können die tollsten Häuser bauen, mit den großzügigsten Parks drum herum, wenn wir nicht die Pflegenden haben, die für diese Menschen im Pflegebereich und Altenbereich, aber auch im Krankenhausbereich tätig sind. Deswegen halte ich es für sinnvoll, dass man jetzt alle möglichen Überlegungen und Initiativen zusammennimmt, in dieses Pflegebündnis aktiv einsteigt, und uns irgendwann im nächsten Sommer einfach mal im Sozialausschuss, das muss auch nicht jährlich sein, sinnvoll ist sicherlich mit einem festgefassten Bericht, bedarfsgerecht zu berichten, was in diesem Pflegebündnis geschehen ist, welche Maßnahmen angegriffenen wurden, und ob es schon Erfolge zu verzeichnen gibt. Es kommen dazu die Sachen mit dem Wohnraum, ich denke, es wäre gut, wenn wir in Ruhe mal diese Sachen im Fachausschuss vorgestellt bekommen.

Stadträtin Fischer (SPD): Ich glaube, wir sehen alle das Problem, und ich denke, das wichtigste ist jetzt, dass wir uns auch in dieses bereits funktionierende Pflegebündnis der Technologieregion einbringen, da sind schon gute Ansätze da und da sitzen auch alle, die in dem Bereich unterwegs sind, mit im Boot. Ich halte nichts von Konkurrenzveranstaltungen, dass wir hier in der Stadt irgendwie etwas machen, sondern für mich ist vernetzte und kooperative Zusammenarbeit viel zielführender bei dieser Sache, und wir sollten auch nicht zusätzliche Mitarbeiter binden durch jährliche Berichte, die müssen in dem Bereich andere Aufgaben erfüllen. Ich will noch eins anfügen, was bis jetzt nicht angeführt wurde. Auch dieser Fall oder dieses Anliegen zeigt deutlich, wie wichtig unser Arbeitsausschuss Ältere Generation in den letzten Jahren geworden ist. Dort machen wir genau die Arbeit, die in

dem Antrag gefordert wird, aber nicht als Chefsache, sondern in kooperativem Miteinander, und ich glaube, da sind wir wirklich in Karlsruhe sehr gut aufgestellt, angesichts dieser massiven Probleme, mit denen wir es hier zu tun haben. Ich denke, dort findet auch der notwendige Austausch, die Ideensammlung, statt. Sie werden es auch im Haushalt sehen, dort werden Ideen entwickelt, wie wir mit diesen Problemen in der Zukunft umgehen.

Stadtrat Braun (KULT): Ein unterstützungswerter Antrag, denn wir alle wissen, dass der Fachkräftemangel, der sich in den nächsten Jahren nur noch weiter zuspitzen wird, durch den demografischen Wandel eine Mammutherausforderung darstellen wird. Ihn zu beseitigen wird eine der zentralen Aufgaben darstellen. Nur gebündelt, mit allen Kräften vereint, kann diesem Mangel entgegengewirkt werden. So muss Politik, Verwaltung und Bürgerschaft gemeinsam an einem Strang ziehen, über alle Vorschläge dieser drei Säulen muss beraten werden. Die von der GRÜNEN Fraktion vorgeschlagenen Maßnahmen stellen einen ersten wichtigen Baustein dar. Aber es muss noch viel mehr getan werden und es müssen noch viele Maßnahmen folgen, um den Punkt auszumerzen, der maßgeblich dafür verantwortlich ist, dass junge Leute keinen Beruf in der Pflege anstreben und an dem wir hier nur schwer etwas ändern können. Denn der Stress nimmt zu, psychische und körperliche Belastungen nehmen zu, die Bürokratie nimmt zu, Wechselschichten von früh bis spät und von Montag bis Sonntag werden auch nicht weniger. Was aber nicht zunimmt, und das ist die Wurzel des Problems, das ist die Bezahlung. So lange das der Fall ist, können wir hier viel versuchen. Es muss sich etwas Grundsätzliches ändern und das muss bei Bund und Ländern beginnen, und so lange dieses Umdenken nicht stattfindet, sind wir es eben in den Kommunen, die die Versäumnisse der Hauptamtpolitiker abfangen müssen. Das klappt eben, wenn überhaupt, nur mit gebündelten Karlsruher Kräften.

Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe): Wir müssen einfach konstatieren, dass wir uns in unserer Leistungsgesellschaft mit denen, die am Rande sind, mit Kindern, Kranken, Alten, den nicht mehr Produzierenden schwer tun. Man muss einfach sehen, dass die Familie das früher völlig abgedeckt hat und jetzt diese Aufgaben immer mehr in die Hand des Staates, in die Hand der Stadt, gegeben werden. Das ist ein unglaublicher Umbruch, den wir hier in unserer Gesellschaft erleben. Deswegen darf man keine Wunder von der Stadtverwaltung erwarten, sondern wir brauchen in der Tat gesellschaftliches Umdenken und eine Wertschätzung dieser Arbeit. Wenn jetzt nur derjenige wirklich zählt, der im Bereich der IT tätig ist oder Karriere macht, werden die Pflegeberufe nie wirklich zu Ehren kommen und auch nicht entsprechend bezahlt werden. Deshalb brauchen wir ein komplettes Umdenken in unserer Gesellschaft, und dafür muss man werben, dass wir über nicht leistungsfähige Menschen anderes denken lernen. Alte Menschen haben gute Pflege verdient, die haben in ihrem Leben schon viel geleistet, deswegen glaube ich, dass wir grundsätzlich etwas anders denken müssen, und das lässt sich nicht durch einen Baustein machen, es hilft vielleicht ein wenig, es lässt sich ein bisschen was abstellen, aber es ist noch keine Lösung. Ich bin sehr für den Antrag, den die GRÜNEN hier anbieten.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Manche Punkte diskutieren wir immer wieder und tauschen immer die gleichen Argumente aus und kommen keinen Schritt vorwärts. Natürlich können wir in der Pflege Fachkräfte finden, oder Menschen würden diesen Beruf annehmen, wenn wir entsprechend lukrativ, und ich sage es bewusst so, bezahlen, wenn uns dieser Job wichtig ist, und ihn so bezahlen und Arbeitsbedingungen schaffen, zum Beispiel einen Sechs-Stunden-Tag in diesem Bereich, bei vollem Lohnausgleich, bei einer sehr guten Bezahlung. Dann Wette ich mit Ihnen, dass es sehr viele gibt, die genau diesen Beruf su-

chen werden, aber eben genau das ist ja nicht so. Wir sparen immer an den falschen Ecken, wenn wir irgendwie im IT-Bereich tätig sind, gibt es für viele horrenden Gehälter, aber im Pflegebereich eben nicht. Ständig diskutieren wir über das Gleiche, nehmen wir Geld in die Hand, stellen es zur Verfügung, dann bekommen wir im Pflege- und Erziehungsbereich überall sehr tolle Leute, die diesen Beruf auch machen wollen. Wir müssen sie aber auch entlasten, bezogen auf die Arbeitszeit, auf die Arbeit insgesamt, die Bedingungen entsprechend schaffen. Die Gesellschaft muss sagen, ob sie das will. Dann muss sie das finanzieren, aber wir reden ständig so, als ob wir ohnmächtig sind. Wir sind nicht ohnmächtig, es sind politische Entscheidungen, die hier gefällt werden, die im Landesparlament und im Bundesparlament gefällt werden, diese Entscheidungen fallen nicht vom Himmel. Wir haben es in der Hand, das Geld in die Hand zu nehmen und entsprechend zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank für die intensive Diskussion, ich kann alle Vorschläge auch gut nachvollziehen. Ich will nur noch darauf hinweisen, dass die Umsetzung der meisten Vorschläge nicht in der Hauptverantwortung der Stadt Karlsruhe liegt, das betrifft sowohl die Bezahlung, als auch die Arbeitsbedingungen und alles was hier im GRÜNEN-Antrag steht. Es ist auch nicht so, dass wir uns als Stadt Karlsruhe um Ingenieure, Grundschullehrerinnen, Krankenpfleger oder sonst was kümmern, sondern das tun wir überall nur dort mit unseren städtischen Institutionen, wenn wir in dem Bereich auch tätig sind. Das sind wir natürlich auch in der Altenpflege, insofern schließt sich der Kreis wieder, aber ich glaube, dass viele der Forderungen aufgrund der aktuellen Notlage völlig nachvollziehbar sind, aber in vielen Punkten die Stadt nicht der Hauptadressat ist. Da sind wir uns, glaube ich, einig, das ist mir an der Stelle ganz wichtig, weil da manchmal die öffentliche Diskussion ein bisschen in die falsche Richtung geht.

Wir würden dann den Vorschlag aufgreifen, aus dem Pflegebündnis der Technologieregion und anderen Aktivitäten, wie Sie vorschlagen, im Sozialausschuss so in einem halben Jahr plus minus berichten. Wenn ich es noch richtig weiß, hat auch Jens Spahn zugesagt, bei der nächsten Regionalkonferenz des Pflegebündnisses im nächsten Frühjahr nach Karlsruhe beziehungsweise dann nach Rheinstetten zu kommen. Das Ganze wird auch noch mal eine öffentliche Aufmerksamkeit erfahren, und dann sollten wir es auch noch mal im Sozialausschuss zum Thema machen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
4. Oktober 2018